

**Konferenz der Berliner Verbände
c/o FORUM zur Aufklärung und Erneuerung e. V.**

Postverbindung:
Ruschestra. 103 (Haus I)
10365 Berlin
Tel./Fax: 030/55155986
Vereinsregister:
AG Leipzig, VR 1748
Bankverbindung:
Kto.: 33005750
BLZ.: 81053272
Stadtsparkasse Magdeburg

Bundesministerium des Innern
Herrn Dr. Herzog
Postfach 170290
53108 Bonn

Berlin, den 29.2.2008

Würdige Entschädigungsregelung für deutsche Zivildeportierte

hier: Unser Schreiben vom 15.12.2007 an Frau Bundeskanzlerin Angela Merkel
Ihre Antwort vom 21.1.2008

Sehr geehrter Herr Dr. Herzog,

hiermit bestätigen wir den Eingang Ihres im Betreff genannten Schreibens, das am 28.2.2008 u. a. auch Gegenstand in der Beratung der Konferenz der Berliner Verbände, die sich der Aufarbeitung der SBZ-/DDR-Diktatur stellen, war. Dem Unterzeichnenden wurde die Beantwortung Ihres Schreibens aufgetragen.

Die Beratungsteilnehmer kamen zum dem einhelligen Ergebnis, dass die Fortsetzung der Tradition der bisherigen Bundesregierungen und das Festhalten „an der Wertung des Nachkriegsgesetzgebers“, wonach „die von Deutschen für Drittstaaten geleisteten Zwangsarbeiten als allgemeines Kriegsfolgeschicksal nicht zum Anknüpfungspunkt innerstaatlicher Ausgleichsleistungen gemacht werden sollen“, nicht hinnehmbar ist.

Wir bitten Sie, zur sachgerechten Bewertung dieser Nachkriegstragödie die Beschlüsse der Alliierten der Antihitlerkoalition beizuziehen, weil diese Dokumente das immer wieder „...als allgemeines Kriegsfolgeschicksal...“ bezeichnete Geschehen zweifelsfrei als von Deutschland zu erbringende Reparationen definieren und die Bundesrepublik Deutschland, nicht die Nutznießer der Zwangsarbeit, ohne Wenn und Aber für Entschädigungsleistungen einzustehen hat.

Wir bitten Sie, aus Respekt vor der einmaligen Lebensleistung der Betroffenen, den ungezählten Todesopfern und dem hohen Alter der wenigen Überlebenden endlich auf eine schnelle Lösung dieses bedrückenden Problems einzuwirken und unseren Vorschlag vom 15.12.2007 an die Fraktionen der politischen Parteien und den Rechtsausschuß im Deutschen Bundestag weiterzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Reinhard Dobrinski